



Elias Mößner  
Bahnhofstraße 7a  
79241 Ihringen  
Telefon: 07668 952636  
Mobil: 0151 11551242  
Email: elias.moessner@hotmail.de

18.05.2013

## Ihringer Fahrplan

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

wie sicher schon einige von Ihnen mitbekommen haben, habe ich die beiden Landesparteitage in Karlsruhe und Stuttgart angefochten und die Vorgänge der Landeswahlleiterin angezeigt. Dies bedeutet, dass der Landesvorstand, die Landessatzung und die Landesliste für ungültig erklärt werden. Hierzu nehme ich hiermit Stellung.

### A. Motivation für mein Handeln

#### I. Vorgänge im Vorfeld der Parteitage

Die Landesbeauftragten der Wahlalternative 2013 Fein, Kölmel und Scheel haben mit Verweis auf datenschutzrechtliche Gründe massiv behindert, dass sich die Basis untereinander vernetzen kann. Da jedes Mitglied sich durch den Aufnahmeantrag **"mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG z. B. politische Meinungen) einverstanden"** erklärt hat, dass seine Daten **"für die Zwecke der Arbeit der Partei erhoben, gespeichert und genutzt"** werden, war diese Einwand schlicht und einfach erstunken und erlogen. Hätten die Partei- und WA2013 Mitglieder die Kontaktdaten voneinander gehabt (Emailadressen wären völlig ausreichend gewesen), **wären faktisch schon regionale Strukturen entstanden**, so dass die Gründung von Kreisverbänden zur Aufstellung nach der Landesverbandsgründung nur noch ein formaler Akt gewesen wäre. Jetzt sieht die Situation so aus, dass ein Helmut Schneider als zuständiges Landesvorstandmitglied in Baden-Württemberg herumhetzen darf, nur um den arbeitswilligen Basismitgliedern mit Hinweis auf ein Quorum von vierzig Mitgliedern die Kreisverbandsgründung formell zu erschweren.

In Südbaden hat **Elke Fein** im speziellen jede Initiative von Seiten der Mitglieder ausgebremst, statt die Leute einzubinden. So wurde von ihr die Gründung der AfD-Hochschulgruppe Freiburg missbilligt, was sie nicht davon abgehalten hat, diese Gründung in Karlsruhe als eigenen Verdienst anzupreisen. Zudem behinderte sie den ehrenamtliche Einsatz eines Rhetorikcoaches, der seine Parteifreunde auf den Wahlkampf vorbereiten wollte. Außerdem fehlte von ihrer Seite jegliche Unterstützung bei der geplanten Werbeaktion beim Dreisamstadion des SC Freiburg und bei der Europa-Buchvorstellung Cohn-Bendits in Freiburg sowie beim Stand in der Fußgängerzone Freiburgs. Stattdessen wurden die Anfragen der Mitglieder und Unterstützer mit formelle Pseudoargumenten abgeschmettert oder gar nicht beantwortet.

Zudem hat Fein zum einzigen Get-together, das sie in Südbaden organisierte, mit Helmut Schneider ein Protokoll erstellt, das die Mitgliederstruktur der AfD erheblich entfremdet hat. So wurden nach dem Protokoll die ehemaligen PdV-Mitglieder nicht genannt, jedoch sollen Grüne anwesend gewesen sein. Das Gegenteil war der Fall. Die PdV stellte aber die zweitgrößte Parteifraktion dar, die Grünen waren hingegen gar nicht präsent. Außerdem machte sie aus einem Mitglied des Hayek-Clubs ein Mitglied des extrem linken "Arbeitskreises kritischer Ökonomen". Im letzten Freiburger Treffen mit Prof. Asch hat Fein mit Anna Labitzke Rathert eine leidenschaftliche Vertreterin für Gender Mainstreaming und Verfechterin von Frauenquoten als Kreiskoordinatorin in Konstanz eingeführt. **Sie scheint die AfD somit lieber im linksgrünen statt im libertär - freiheitlichen Milieu zu verorten.**

Hinzu kam, dass sie **mit innerparteilicher Kritik nicht zurechtkam**. So veranlasste sie, dass einem innerparteilichen Kritiker am Landesparteitag in Karlsruhe das Stimm- und Rederecht entzogen wurde. Durch dieses manipulative, fast kriminelle Verhalten, hat sie die rechtliche Ungültigkeit der Vorstandswahlen und der Landessatzung herbeigeführt.

## **II. Landesparteitag in Karlsruhe**

Hierzu werden zuerst die Ausführungen eines Landesbeauftragten der Wahlalternative zitiert:

**"1.** Der Landesparteitag am 22.4. wurde auf einen **Werktag um 16 Uhr** an der französischen Grenze angesetzt. Dadurch war die große Mehrheit der Mitglieder ausgeschlossen. Es sollte eine Gründung im kleinen Kreis werden. Ich habe mich mehrfach dezidiert gegen diese Terminlegung ausgesprochen. Wenn nun ein Vorstandsamt auf 50 oder gar 25 Stimmen aufgebaut wird - bei weit über 1.500 Mitgliedern - ist die demokratische Legitimation nicht ausreichend, um auf dieser Grundlage (laut Satzung) bis zu zwei Jahre im Amt zu bleiben. Änderungsanträge wurden zudem ohne Diskussion abgeschmettert, mit dem Hinweis, man habe bei einer Abendveranstaltung keine Zeit. Das ist nicht der Stil, den ich mit einem neuen Politikstil verbinde.

**2.** Es kam zu einem **Parteiausschluss einer Person** wenige Stunden vor dem Parteitag und Streichung von der Kandidatenliste, obwohl die Mitgliedschaft bereits als bestätigt kommuniziert wurde, die Kandidatur auf der Webseite geführt wurde und sogar Wahlunterlagen ausgegeben wurden (E-Mail-Verkehr dokumentiert, dass dies eine persönliche Sache war - die Kommunikation des Ausschlusses erfolgte zudem ohne entsprechende Bestätigung des Bundesvorstands). Randbemerkung: da bei der Sprecherwahl nur eine Stimme für einen anderen Kandidaten fehlte, und laut Aussage im Schiedsgerichtsverfahren die Stimme auf jemand anderen gefallen wäre, wäre die Stimme wahlentscheidend für die Sprecherwahlen gewesen.

**3.** Ein Landesbeauftragter, **der trotz Abwesenheit kandidieren wollte, wurde nicht als Kandidat geführt.**

**4.** Nicht alle stimmberechtigten Mitglieder wurden eingeladen, es galt eine veraltete Mitgliederliste. (mir liegt zudem E-Mail-Verkehr vor, der dazu auffordert, die weiteren Mitglieder nicht nachträglich einzuladen). Laut Datenlage **wurden ca. 600 stimmberechtigte Mitglieder nicht eingeladen.**

**5. Verweigerung des Stimmrechts an stimmberechtigte Personen.** (bekannt geworden sind mehrere Fälle, die offenbar nicht mit dem kommunizierten Beschluss zur Stimmberechtigung Stichtag 20. April vereinbar sind) .

6. Eine große Anzahl an Teilnehmern verließ die Veranstaltung vor Schluss. Es liegen zwei Zeugenaussagen vor, dass es zu **Wahlmanipulationen durch herrenlose Stimmzettel** gekommen ist. Angesichts der geringen Anzahl an abgegebenen Stimmen könnte dies mit einiger Wahrscheinlichkeit wahlentscheidend gewesen sein, ist also sehr ernst zu nehmen. Noch gravierender wird dies dadurch, dass darin mehrere Gäste involviert gewesen sein sollen. Die Gäste wurden nicht von den Mitgliedern wie in Berlin getrennt, sondern waren mit den Mitgliedern gemischt anwesend. Eine Unterscheidung zwischen wahlberechtigten Teilnehmern und Gästen war den Wahlhelfern somit nicht möglich. Es ist vielleicht nicht einmal ganz auszuschließen, angesichts des gegen Ende deutlich geleerten Saals und 100 vorliegenden Stimmzetteln, dass sogar mehr Stimmzettel abgegeben wurden als Personen anwesend waren.

7. Ein Mitglied des amtierenden Vorstands hat keine Einladung erhalten. Sein Antrag ging erst kurz vor dem Parteitag ein und **war am 20. April noch im Status unbestätigt**. Trotz dem bekannt gewordenen Versuch, den Antrag zu beschleunigen. Dies ist bemerkenswert und fragwürdig, wenn man bedenkt, dass andere Mitglieder, die zum gleichen Zeitpunkt einen Antrag auf Mitgliedschaft stellten, keine Chance hatten zu kandidieren oder auch nur von dem Termin zu erfahren. Darin sehe ich einen Verstoß gegen die Chancengleichheit.

8. Dazu kommen jetzt noch Verstöße gegen **Datenschutzbestimmungen**, während den Mitgliedern, selbst dem **Stuttgarter Appell**, eine Kommunikation unter den Mitgliedern verweigert wird."

Hierzu ist zu ergänzen:

9. Der gewählte stellvertretende Sprecher **RA Eberhard Brett** hat die Mitgliedsdaten der Landespartei für seinen persönlichen Wahlkampf missbraucht, was zu einer Strafanzeige gegen ihn geführt hat. Zudem hat Brett durch seine **finanzielle Überlegenheit** versucht, gegenüber anderen Landesvorstandsmitgliedern Druck auszuüben, um sich hierdurch eine privilegierte Stellung bei der Listenaufstellung zu verschaffen. Zudem hat Brett mit mir im Namen des Landesvorstands einen **sittenwidrigen Vertrag** geschlossen, nach welchem ich nun Landesbeauftragter für den Aufbau der AfD-Hochschulgruppen bin. Im Gegenzug musste ich meine Wahlanfechtung zurückziehen. Interessanterweise hat Brett sein damaliges Angebot, mich zu kooptieren - was auch von Bernd Lucke unterstützt wurde - dahingehend abgeändert, **dass ich auf keinem Fall bei finanziellen TOPen zugegen sein darf**.

Ich ging auf das Angebot dennoch ein, da ich so **Einblick in die Vorstandssitzungen** bekam und dadurch die Basis über gezielte Fehlinformationen des Landesvorstands aufklären kann. Dies war mir bisher unmöglich, da die letzte Vorstandsklausur auf **einen Werktag gelegt wurde und von 10 bis 18 Uhr angesetzt war**. Jeder anständige Mensch muss zu solchen Zeiten arbeiten. Es fragt sich daher, weshalb der Landesvorstand nicht am Wochenende tagt.

Ein weiterer Grund für die Vertragsannahme war, dass der Vertrag gleichzeitig ein **Schuldanerkenntnis** hinsichtlich der von mir in meinem Anfechtungsverfahren monierten Vorgänge darstellt. Wären Casale, Fein, Kölmel, Kuhs und Scheel nämlich keine Wahlbetrüger und wäre der Karlsruher Landesparteitag rechtmäßig sowie demokratisch verlaufen, hätte kein Anlass für den Landesvorstand bestanden über Brett einen solchen Vertrag abzuschließen. Brett hat damit den ganzen Landesvorstand in einen rechtswidrigen und undemokratischen Vorgang der drei Landessprecher mithineingezogen.

Gleichzeitig konnte ich mir ein wenig ins Fäustchen lachen, da der Kollege Brett nicht gerade der beste Jurist ist. Sein Vertragsentwurf war, gelinde gesagt, dilettantisch. Ich musste ihn erst einmal so korrigieren, dass weitere Verfahren von mir wegen Karlsruhe vollumfänglich ausgeschlossen waren und nebenbei habe ich den Passus, in welchem meine Mitgliedschaft während des Karlsruher Parteitags ausgeschlossen war, einfach gestrichen. Zudem hatten der Rechtsanwalt Brett und der studierte Rechtspfleger und Ministerialrat Kölmel völlig die Möglichkeit übersehen, dass **jedes andere AfD-Mitglied mein Verfahren wieder aufgreifen konnte, was dann auch geschehen ist.**

Hinzu kommt, dass **er als stellvertretender Sprecher nun die Landesgeschäftsstelle unter sich hat.** Dies stellt eine Machtfülle dar, welche mit der innerparteilichen Gewaltenteilung nicht vereinbar ist.

Folglich ist Brett wegen dem genannten Verhalten für die AfD untragbar geworden, weshalb er schnellstens seiner Ämter und Mandate enthoben werden muss. Außerdem sollte gegen ihn ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet werden.

**10.** Auch **Bernd Kölmel** war am Zustandekommen dieses **sittenwidrigen Vertrags** beteiligt.

Zudem hat er ebenfalls **als Sprecher und Landesgeschäftsführer** gegen die innerparteiliche Gewaltenteilung verstoßen.

Außerdem war sein Verhalten (er schlug mich erst als Schiedsrichter vor und am nächsten Tag behauptete er, ich sei kein Mitglied mehr) maßgeblich dafür, dass der Karlsruher Landesparteitag rechtlich ungültig wurde. Als **potentieller Wahlbetrüger** muss auch er seiner Ämter und Mandate enthoben werden und auch bei ihm sollte ein Ausschlussverfahren eingeleitet werden.

Hinzu kommt, dass Kölmel auch keine Teamfähigkeit besitzt. Innerhalb des Landesvorstands wurde Helmut Schneider damit beauftragt, ein Kompetenzteam zu bilden, das die Kreisverbandsgründungen in die Hand nimmt. Schon Tage bevor die unter Schneider entwickelte Mustersatzung von den zuständigen Personen abgesegnet wurde, hat Kölmel mit einer Mustersatzung die Gründung eines eigenen Kreisverbands initiiert. Auch hier hat **Kölmel seine Stellung als Sprecher missbraucht, um sein illegitimerweise erlangtes Amt durch regionale Rückendeckung abzusichern.**

**11.** Auch Frau Fein ist als Sprecherin, Listenkandidatin und Parteimitglied untragbar geworden, da der **Wahlbetrug von ihr angestiftet und eingeleitet** wurde.

Zudem hat sie **wahrheitswidrig am Parteitag behauptet, dass der Bundesvorstand beschlossen habe, in Baden-Württemberg keine Direktkandidaten zuzulassen.**

Des Weiteren hat sie ohne Grund einem Parteimitglied die Leitung des Kompetenzteams Coaching entzogen und an sich gerissen, obwohl dieses Mitglied beruflich Rhetorikseminare hält und Fein alles andere als eine rhetorische Begabung darstellt, wie ihre Vorstellung auf dem Berliner Gründungsparteitag und die dazugehörige Wahlniederlage wohl allen Anwesenden verdeutlicht hat. Sie hat darum eine **Machtfülle an sich gerissen, die sie niemals ausfüllen kann.**

Hinzu kommt, dass sie als Kreisbeauftragte und Beauftragte für Südbaden schlichtweg nichts gemacht hat als die Aktiven zu belehren und zu kritisieren, was die Mehrheit der von ihr betreuten Mitglieder bestätigen wird.

Ferner hat Fein dem ursprünglichen Kandidaten für das Schatzmeisteramt gesagt, dass diese Wahl in Karlsruhe nicht mehr stattfindet, so dass dieser heimging und sich nur Dr. Jan. B. Rittaler, der erst wenige Tage vor dem Parteitag AfD-Mitglied wurde, als Kandidat präsentiert hat.

**12.** Der Spitzenjurist **Dr. Hansjörg Scheel, LL.M.** und Partner einer Großkanzlei - laut JUVE "einer der häufig empfohlenen Anwälte im Versicherungsrecht" - wurde als Sprecher gewählt und das obwohl Menschen in diesem Berufsstand **mindestens sechzig Stunden die Woche arbeiten** müssen. Es ist daher höchst fraglich, ob ein Mensch mit dieser Arbeitsbelastung die Zeit aufbringen kann, den Landesverband Baden-Württemberg aufzubauen.

Zudem war Scheel in meiner Anfechtung gegen Karlsruhe einer der Antragsgegner, die bei positivem Verfahrensausgang, als **Wahlbetrüger** entlarvt würden. Es ist fast schon peinlich, dass dieser Spitzenjurist von einem kleinen Rechtsreferendar in einem Parteischiedsgerichtsverfahren soweit in Bedrängnis geriet, dass dem Landesvorstand keine andere Wahl blieb, als mich - den Todfeind Feins - als Landeshochschulgruppenbeauftragter ein Antrags- und Anwesenheitsrecht im Vorstand zuzusprechen. Es ist ohnehin eine **Ungleichbehandlung gegenüber den normalen Mitgliedern**, dass der Landesvorstand wegen seines teilweise delinquenten Verhaltens mir solche Privilegien zugestanden hat. Da auch Scheel wohl gerichtlich als Wahlbetrüger entlarvt werden wird, ist auch er seiner Ämter zu entheben und ein Ausschlussverfahren gegen ihn einzuleiten.

**13.** Folglich kann festgehalten werden, dass der **Karlsruher Parteitag aus sich heraus schon den demokratischen und rechtlichen Mindeststandards nicht standgehalten hat** und entweder durch das Landesschiedsgericht oder durch Intervention des Bundesverbands gekippt wird.

Zudem sind die gewählten Vorstandsmitglieder Brett, Fein, Kölmel und Scheel nicht mehr in ihrem Amt zu rechtfertigen. Da sie aber bisher jegliche Rücktrittsforderungen, welche schon mehrfach mit begründetem Lug und Trug erhoben wurden, ablehnten, **kann die Amtsenthebung dieser, der Partei schwer schädigenden Personen, nicht anders erreicht werden, als durch ein Anfechtungsverfahren.**

Des Weiteren sollte auch die Vorstandsmitgliedschaft von **Jan Rittaler** und **Ronald Geiger** in Frage gestellt werden, da diese beiden (vor allem Ronald Geiger, der durch seine Abstimmungs- und Applaudierbefehle am Berliner Gründungsparteitag, seinen Charakter als eiskalter und erfahrener Partei- und Funktionärstaktiker bezeugt hat) den Karlsruher Parteitag so organisiert haben, dass sowohl die Satzungsanträge und die Kandidatenkür durch Stimm- und Redeveh vor einem kleinen ausgewählten Publikum - Kritiker wurden nicht als Mitglied zugelassen - im Sinne der nun im Vorstand sitzenden Personen vereitelt wurden.

### **III. Landesparteitag in Stuttgart mit Listenaufstellung**

Hier zitiere ich zuerst aus meiner Antragsschrift:

**1.** Unter TOP 1 der Tagesordnung, als die ordnungsgemäße Ladung debattiert wurde, stellten zwei Mitglieder den Antrag, dass der Landesparteitag alle Anwesenden, deren Mitgliedsantrag bisher noch nicht beantwortet wurde, aufnimmt. Dieser Antrag wurde jedoch auf TOP 7 verlegt. Diese Entscheidung hat **daher die mögliche Teilnahme wahrscheinlich von mindestens zwanzig Mitgliedern verhindert.** Diese Entscheidung hätte bei positivem Ausgang direkten Einfluss auf die Wahlen unter den TOPen 2 und 3 sowie die Beschlussfassungen in den TOPen 4 und 5 gehabt. Die Ergebnisse wären sicherlich anders ausgefallen, wenn eine - leider nicht zu klärende - Anzahl von Mitgliedern in diesen

TOPen als stimmberechtigte Mitglieder zugelassen worden wären. Die Verschiebung dieses Antrags hat darum schon seine Zielsetzung vereitelt und ihn sinnentleert. **Die antragstellenden Mitglieder wurden darum in ihren mitgliedschaftlichen Rechten verletzt.**

Das Antragsrecht ist nämlich nicht nur ein wichtiges Minderheitenrecht, sondern vielmehr auch ein essentielles Mitgliedschaftsrecht des einzelnen Versammlungsteilnehmers. Dieses zu vereiteln macht den Landesparteitag und vor allem seine Wahlen und Abstimmungen ungültig.

**2.** Als dann der Antrag unter TOP 7 wieder aufgegriffen wurde - was von Seiten des Tagungspräsidiums nicht geschehen wäre, da dieser Antrag erst auf Nachfrage eines Versammlungsteilnehmers wieder aufgenommen wurde -, stellte das Tagungspräsidium es zur Abstimmung, ob denn überhaupt über den Antrag abgestimmt werden solle. Allein diese Fragestellung durch das Tagungspräsidium hat die rechtliche und demokratische Legitimation des Landesparteitags beseitigt. **Ein Antrag über dessen Annahme nicht abgestimmt wird, ist eine Farce.**

Als dann der Parteitag mehrheitlich dafür stimmte, diesen Antrag nicht zur Abstimmung zuzulassen, wurde der Landesparteitag schließlich evident ungültig, da die Antragsteller in ihren Mitgliedschaftsrechten erheblich beschnitten wurden.

Diese Ablehnung war auch kausal und erheblich für die Aufstellung der Landesliste, weshalb die Landesliste der AfD-Baden-Württemberg somit nicht rechtmäßig aufgestellt wurde.

**3.** Nachdem ein Mitglied bei seiner Vorstellung als Listenkandidat aus der AfD ausgetreten war, kandidierte es dennoch parteilos für einen Listenplatz. Jedoch **wurde ihm das Rederecht durch ein Mitglied des Tagungspräsidiums, Bernhard Winkler, entzogen.** Selbst wenn Winkler dies mit dem Austritt des Kandidaten zu begründen vermochte, lag in diesem Gebären ein eindeutiger **Verstoß gegen §§ 21 III 3, 27 V BWG.** Der Landesparteitag und die Landesliste sind folglich auch aus diesem Grunde ungültig.

**4.** Zudem wurde auch gegen den Grundsatz der **Gleichheit der Wahl** verstoßen, da das **Tagungspräsidium fast ausschließlich durch Bewerber für einen Listenplatz besetzt** war. Dies waren namentlich: Bernd Kölmel, Ronald Geiger, Helmut Schneider, Dr. Jan B. Rittaler, Dr. Elke Fein, Eberhard Brett, Dr. Heinrich Fiechtner, Lars Patrick Berg, Dr. Marc Jongen, Prof. Dr. Lothar Maier. Besonders negativ taten sich hierbei Dr. Elke Fein - durch das Abhalten der Eröffnungsrede – sowie Prof. Dr. Lothar Maier – durch die mündliche Tagungsleitung – hervor. Alle genannten Personen hatten an diesem Abend eine herausgehobene Stellung gegenüber den anderen Kandidaten, was die Chancengleichheit der anderen Listenkandidaten beeinträchtigt hat.

**5.** Des Weiteren kann das **Tagungspräsidium** - wegen der Ambitionen seiner mehrheitlichen Mitglieder auf einen Listenplatz - auch **nicht mehr als neutral eingestuft werden.** Ein neutrales Tagungspräsidium ist aber eine zwingende Voraussetzung für eine Listenaufstellung, welche demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien genügt.

**6.** Ein weiterer Verstoß gegen die Gleichheit der Wahl liegt darin, dass bei den Einzelwahlgängen um die ersten Listenplätze im zweiten Wahlgang eine Stichwahl mit relativer Mehrheit durchgeführt wurde, während bei den späteren Blockwahlen im zweiten Wahlgang keine Stichwahl mehr erfolgt ist. Zwar war auch hier die relative Mehrheit ausreichend, jedoch hat die Anzahl der Kandidaten un-

mittelbare Auswirkungen auf das Ergebnis eines Wahlgangs. Damit hat auch das **Wahlprocedere gegen demokratische und rechtliche Grundprinzipien verstoßen**.

Hierbei sind folgende Punkte zu ergänzen:

**7.** Mehrere Zeugen können bestätigen, dass die Stimmkarten von bereits gegangenen Mitgliedern bis zum Ende der Veranstaltung offen herumlagen, womit eine **Wahlmanipulation durch illegitime Stimmabgabe möglich wurde**.

**8.** Zudem waren im Hinblick auf Karlsruhe circa 50 Mitglieder mehr anwesend, welche größtenteils den Versammlungsteilnehmern Karlsruhes entsprachen. Es ist also davon auszugehen, dass wie beim Karlsruher Parteitag **über 600 Mitglieder gar nicht eingeladen** wurden und auch **die Einladung von Neumitgliedern vereitelt** wurde.

**9.** Somit ergibt sich auch für den Stuttgarter Landesparteitag ein Bild, wonach Lug und Trug im Vordergrund standen und es für den Vorstand wichtiger war, sich die oberen Listenplätze zu sichern als das demokratische Souverän in Form aller Parteimitglieder, die gerne an dem Parteitag teilgenommen hätten, entscheiden zu lassen.

#### IV. Persönliche Konsequenz

Meine Motivation für die juristischen Schritte lässt sich am Besten am strafrechtlichen Institut der Notwehr erklären. Wer der Gefahr ausgesetzt ist, einen Tritt in den Magen zu bekommen, darf dem Angreifer mit körperlicher Gewalt zuvorkommen. Die Notwehrhandlung ist darum frei von Strafe, da der Angegriffene sein Recht auf körperliche Unversehrtheit verteidigt. Ein anderer Grund liegt aber auch darin, dass die Notwehrhandlung nicht nur dem eigenen Interesse dient, sondern auch die Rechtsordnung verteidigt. Es wird nämlich eine Straftat verhindert und gleichzeitig werden aber auch die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte bewahrt.

Die erste Zielsetzung meines Verhaltens war menschlicherweise die **eigene Rehabilitation** gegenüber der kompromittierenden Handlungsweisen der drei Vorstandsprecher.

Dass ich aber nach der Ernennung zum Landeshochschulgruppenbeauftragten nochmals juristische Mittel eingelegt habe und die Wiederaufnahme meines Karlsruher Verfahrens forciert habe, hat mit **höheren Rechtsprinzipien** zu tun. Ich kann einfach nicht dabei zuschauen, wie innerhalb der AfD ungehemmt **Rechtsbrüche** begangen werden, die **Basisdemokratie** ausgehebelt wird und gegen das **Subsidiaritätsprinzip** Verantwortung und Macht oben in einem Kreis weniger Funktionäre gebündelt werden. Außerdem widerspricht es der **liberalen Ausrichtung** der AfD, welche die Verantwortung und Mündigkeit beim Individuum sieht, wenn den Mitgliedern - entgegen dem Grundsatz vom rechtstreuen Bürger - nur Misstrauen entgegengebracht wird und sie dadurch als mündige, vernunftbegabte Wesen herabgewürdigt werden.

#### V. Der AfD-Landesverband Baden-Württemberg als billige EU-Kopie

Unterzieht man diese Vorgänge einer Gesamtbetrachtung wird deutlich, dass sich die AfD in ihren Grundsätzen selbst verrät und in Baden-Württemberg zu dem verkommen ist, was sie eigentlich bekämpfen will: **eine EU 2.0!**

Wie in der EU noch keine repräsentative **demokratische** Abstimmung über die Legitimität ihrer Institutionen erfolgt ist, wurde auch der Landesvorstand nicht durch die Mitglieder gewählt.



Wie in der EU liegt eine **Machtballung bei wenigen weltfremden Bürokraten**, den bei den fähigen Menschen an der Basis. Der Aufbau der AfD muss von unten nach oben stattfinden, wie auch die EU schon viel zu viele Kompetenzen an sich gezogen hat, die sich nicht annähernd so gut ausführen kann, wie dies auf niedrigerer Ebene erfolgen könnte.

Wie im Eurowährungsraum **stetig Verträge gebrochen und Bilanzen gefälscht** wurden, haben Akteure des Landesvorstands das Recht gebrochen um ihr Ziel, ein Bundestagsmandat, zu erreichen.

Ich habe für meine juristischen Schritte viel Kritik einstecken müssen, welche immer damit begründet wurde, dass ich die AfD und deren Einzug in den Bundestag verhindern würde. Es hat mich dabei immer gewundert, dass hierbei weniger die eigentlichen Schurken kritisiert wurden, sondern vornehmlich derjenige, der die Untaten offenlegt. **In dieser Partei scheint derjenige der die Feuerwehr ruft schlimmer zu sein, als derjenige der das Feuer legt.** Begründet wurde die Kritik jedenfalls immer mit dem gleichen Argument: die AfD muss in den Bundestag! Das ist so als würde man schreien: der Euro muss bleiben! Und: "Nur die AfD kann den Euro hindern!" entspricht in etwa "Nur der Euro kann den Frieden sichern!"

**Wie der Euro Hass unter seinen Mitgliedstaaten geschaffen und den Zusammenbruch des Finanzsystems in greifbare Nähe gerückt hat, haben Fein, Scheel, Kölmel und Brett in der AfD nichts anderes hervorgebracht als Zwietracht und den drohenden baden-württembergischen Super-GAU bei den Bundestagswahlen.**

## VI. Resümee

Ich kann nicht gleichzeitig Mitglied in der AfD sein und gegen den Euro, Demokratiedefizite sowie Rechtsbrüche das Maul aufreißen und gleichzeitig zuschauen, wie dies in eben dieser AfD innerparteilicher zum Konsens wird. Ich würde meine gesamte persönliche Integrität aufgeben.

Was aber hierbei noch viel schlimmer ist: Die AfD würde ihre gesamte **Integrität** verlieren, sich würdelos in den Reigen der etablierten Funktionärsparteien einreihen und mit diesen gemeinsam Deutschland abschaffen, wenn die Zustände in Baden-Württemberg nicht schleunigst beseitigt.

Das wird aber nicht passieren, denn:

## B. Lösungsstrategie

**Bernd Lucke hat angekündigt sämtliche dubiosen Landesvorstände zu entmachten und Neuwahlen durchführen zu lassen.** Dies wird in Baden-Württemberg bei diesen gravierenden Mängeln und Skandalen auch geschehen, da die Lage mit dem Landesverband in Bayern vergleichbar ist, wo eben auch eine Neuwahl stattfinden musste.

Aufgrund der massiven Rechtsmängel bei der Listenaufstellung in Stuttgart wird **die Landeswahlleiterin eine neue Listenaufstellung fordern**, wie es auch beim Landesverband Niedersachsen der Fall war.

Es handelt sich somit nicht um ein spezielles Problem unseres Landesverbandes. Vielmehr war es zu erwarten, dass gescheiterte Existenzen, Hinterbänkler aus anderen Parteien oder einfach Leute, die bei den Piraten die Chance verpasst haben, ohne etwas darzustellen schnell an ein Mandat zu kommen, **unsere Partei unterlaufen** werden. Da Lucke darauf jedoch ziemlich gelassen reagierte, indem er schlicht Neuwahlen fordert, braucht auch bei uns deshalb **keine Panik** aufzukommen.



Die aktuellen Probleme lassen sich nämlich wie folgt lösen:

## **I. Neuer doppeltägiger Landesparteitag**

### **1. Organisation durch den Restvorstand**

Da die **2000 Unterstützerlisten erst am 15. Juli 2013** abgegeben sein müssen, bleibt vorher noch genug Zeit, um einen **neuen Landesparteitag am 01. und 02. Juni 2013** zu veranstalten. Dieser sollte unverzüglich durch den Landesvorstand einberufen werden. Auch wenn eine Ladungsfrist von fünf Tagen im Notfall ausreicht, brauchen wir die Zeit um die **mindestens 1500 Mitglieder zu erfassen und einzuladen**. Hierbei ergeht ein besonderer Appell an die bisher noch nicht völlig als ungeeignet einzustufenden Mitglieder des Landesvorstands - vor allem an den engagierten Helmut Schneider - diesen Parteitag in die Wege zu leiten. Den oben genannten Vorstandsmitgliedern, deren - vor allem moralische - Legitimation höchst fragwürdig ist, **bleibt hierdurch die Demütigung eines Rücktritts erspart** und sie können am ersten Juniwochenende einfach auf ihre Kandidatur verzichten. **Die anderen integeren Vorstandsmitglieder können dann, wenn sie alle Mitglieder laden und den Parteitag organisiert haben, beweisen, dass das Vertrauen der Parteibasis durch ihre Wahl gerechtfertigt war.**

### **2. Veranstaltungsort**

Nachdem die letzten Parteitage im Norden Baden-Württembergs stattfanden, sollte nun der Süden an der Reihe sein. Hierbei bietet sich natürlich Freiburg als größte Stadt der Region an. Symbolträchtig wäre aber auch Offenburg, da diese Stadt Schauplatz für die frühen freiheitlichen Errungenschaften im Ländle war. Auch die Kleinstadt Breisach kommt in Betracht, da sie die erste Europastadt Deutschlands ist und die AfD dadurch ein klares Signal pro Europa senden könnte.

### **3. Verabschiedung einer neuen Landessatzung**

Die **momentan geltende Landessatzung verhindert jegliche Initiative und Mitsprache der Parteibasis und fördert die innerparteiliche Machtkonzentration auf wenige einzelne Personen**. Dies kann nicht im Interesse einer basisdemokratischen Partei sein, welche in Deutschland und Europa mehr Demokratie nach Schweizer Vorbild fordert. Darum ist eine neue Satzung zu verabschieden, die aufgrund der Änderungsvorschläge von **RA Dirk Schmitz, M.A.** und mir entworfen wurde. Die Verabschiedung der neuen Landessatzung hat beim ersten Tag des neuen Landesparteitags absolute - vor allem zeitliche - Priorität, um einen schnellen Aufbau des Landesverbands zu ermöglichen.

### **4. Beschlussfassung über die Größe des neuen Vorstands**

Dann muss ein Beschluss über die Zusammensetzung des neuen Vorstands gefasst werden. Anders als in Karlsruhe soll hier **die Zuteilung der Arbeitsbereiche ausschlaggebend** sein. Hierbei werden die zu vergebenden Aufgaben vorgestellt und wenn sich ein Mitglied zur Ausführung einer solchen bereit erklärt, soll dieser Posten gewertet werden. Ein Vorschlag meinerseits zur Vorstandsgröße findet sich weiter unten.

### **5. Listen für potentielle Mitarbeiter in den Arbeitsbereichen**

Nachdem die Arbeitsbereiche des Vorstands festgelegt wurden, werden **sogleich Listen ausgedruckt, die dann ausgelegt werden, so dass sich jedes Mitglied und jeder interessierte Anwesende eintragen kann, um sich entsprechend seiner Begabungen und Interessen zu engagieren**. Besonderer Dank geht hierbei an **Stefan Räßle** der sowohl die Idee der Aufgabenverteilung, als auch der Mitar-

beiterrekrutierung durch ausliegende Listen, bisher in jeden Parteitag eingebracht hat, um dann unverständlicherweise von arbeitsunwilligen Funktionären abgewürgt zu werden.

## **6. Wahlverfahren**

Zugegenermaßen erfordert die Vorstellung und Wahl eines großen Vorstands viel Zeit. Dies ist aber absolut notwendig, um die AfD in Baden-Württemberg schnellstmöglich breit aufzustellen. **Jeder Kandidat soll auch durch das Plenum ausgiebig befragt werden können, um sicherzugehen, dass keine gescheiterten Existenzen, Extremisten oder Karrieristen gewählt werden.** Die AfD birgt da leider als junge Partei ein großes Missbrauchspotential, was die Mitglieder besonders in Baden-Württemberg in letzten Monaten schmerzlich erkennen mussten.

Weiter sollen die Namen nicht einfach gesammelt werde. Viel besser ist es, wenn AfD-Mitglieder einen Kandidaten vom Podium aus vorschlagen und dessen Eignung für das Amt begründen. Nach seiner Vorstellung muss jedes Mal nach einer Personaldebatte gefragt werden, so dass die Versammlungsteilnehmer für oder gegen den Kandidaten Partei ergreifen können.

Aufgrund der **Missbrauchsgefahr durch herumliegende Stimmzettel** bekommen die Parteimitglieder ein nur einmal benutzbares **Bändchen, aufgrund dessen sie dann im jeweiligen Wahlgang die Stimmzettel ausgeteilt bekommen.** Die frische Erstellung der Stimmzettel hat sich beim Stuttgarter Landesparteitag als sehr positiv erwiesen. Der Weitern sollte die **Wahl durch die Landeswahlleiterin überwacht** werden, um solche Desaster wie in Bayern, Niedersachsen und im hiesigen Landesverband zu verhindern und eine rechtlich saubere Listenaufstellung zu ermöglichen.

Die **Wahlgänge** können für die Sprecher, die Stellvertreter, Schatzmeister und Schriftführer sowie für die Beisitzer **in vier Blöcken** stattfinden, um Zeit zu sparen. Bei der **Wahl der Sprecher und der Stellvertreter** sollte die Vorstellung und Personaldiskussion darauf fixiert sein, weshalb der Kandidat gegenüber den anderen eine bevorzugte Stellung genießen soll. Dies kann in seiner **übernommenen Aufgabe, in seiner Persönlichkeit, in seinen Fähigkeiten oder in seiner Leistungsbereitschaft** begründet sein.

Die **Zeit während der Wahlgänge** kann von den Anwesenden sinnvoll genutzt werden, **sich anhand der ausliegenden Listen über eine mögliche Mitarbeit zu informieren und sich dadurch in den Dienst der Partei zu stellen.**

## **7. Konstituierung des neuen Landesvorstands**

Nach seiner Wahl wird sich am ersten Tage **unverzüglich der neue Vorstand konstituieren, um dann die Einladungen für die kommenden Gründungsversammlungen auf Kreisebene zu unterschreiben.** Im Idealfall wurde schon ein Tagungsort vor Ort von den dort engagierten Mitgliedern gebucht.

## **8. Listenaufstellung**

Sollte am ersten Tag des Parteitags noch Zeit sein, kann schon in die Vorstellung der Listenkandidaten eingestiegen werden. Auch hier sollte die **Prüfung der Kandidaten erste Priorität** genießen, weshalb eine Beschränkung der Redezeit auf drei Minuten absolut unsinnig ist. Zudem steht sie im Widerspruch zu den deutschen Gesetzen. **Das Ausbuhen und Beschimpfen von Listenkandidaten sollte dieses Mal nicht stattfinden, um so den Respekt der AfD vor dem Gesetzgeber und den demokratischen Verfahren der Bundesrepublik zu bezeugen.** Das selbe gilt für die Beschränkung der Personaldebatte auf drei Fragen, da hiermit die Gefahr erhöht wird, untaugliche Kandidaten auf die Liste zu

setzen. Da es sicherlich einige Kandidaten gibt, denen ein hinterer Listenplatz genügt, kann auch davon ausgegangen werden, dass diese Kandidaten auf ihre Vorstellung verzichten oder diese sehr kurz halten.

In Stuttgart wurde die Größe der Landesliste willkürlich auf 30 festgesetzt. Kandidiert haben aber weit mehr Bewerber. Gesetzlich ist keine Maximalzahl angegeben. Baden-Württemberg kann aber ohne Überhangmandate höchstens 76 Abgeordnete entsenden. Deshalb würde ich vorschlagen, die **Liste auf 76 Kandidaten festzusetzen**, so dass jeder der kandidieren will, auch gewählt werden kann. Aus einem Listenplatz folgt nämlich die moralische Pflicht für die AfD Wahlkampf zu betreiben und - positiv formuliert - die Freude daran, als Kandidat den eigenen Wahlkampf zu bestreiten. Auf diesem Wege können **sehr viele Mitglieder motiviert und eingebunden** werden. Das ist gelebte Basisdemokratie.

Gewählt wird im Sinne von **§ 14 III der Bundessatzung**, wonach **ein Wahlgang ausreichend** ist.

## **II. Vorstandserweiterung**

Durch die Satzung wird gewährleistet, dass der **Landesvorstand aus mindestens 29 Mitgliedern** besteht. Dies erscheint auf den ersten Blick sehr groß, doch hilft ein Blick auf die Landesvorstände anderer Parteien, um festzustellen, dass dies absolut nicht unüblich ist. Im Falle der AfD ist dies sogar zwingend geboten. Es ist menschlich nämlich unmöglich, dass lediglich zehn Personen die Etablierung eines Landesverbandes in einem der größten Bundesländer bis zur Bundestagswahl vorantreiben. Dies bedarf der Unterstützung jedes einzelnen, welcher bereit ist, dieses Ziel zu verwirklichen.

Die Vorstandswahlen sollten nach einem bestimmten Procedere ablaufen. Zuerst muss über die Größe des zu wählenden Vorstands abgestimmt werden. Dazu muss pro Person eine Aufgabenzuweisung erfolgen. Mein Vorschlag dazu wäre:

### **1. Aufbau der Kreisverbände**

Baden-Württemberg besteht **aus 35 Landkreisen und neun Stadtkreisen**. Daher braucht der Vorstand 44 Mitglieder die den Aufbau der Kreisverbände schnell vorantreiben. Dies geschieht, indem am Landesparteitag Listen ausgelegt werden, in welchen sich für jeden Kreis Mitglieder eintragen, die im Kreisverband mitarbeiten wollen. Sogleich wird das dem Kreis zugeordnete Vorstandsmitglied eine Gründungsversammlung einberufen, welche eine Woche nach dessen Wahl schon stattfinden kann.

Die neue Landessatzung ermöglicht dabei eine **Kreisverbandsgründung schon bei sieben Mitgliedern**, statt erst bei den geforderten 40 Mitgliedern (kleines Rechenispiel: 1500 durch 44 teilen!). Dies ist im Vereinsrecht ausreichend und muss daher erst Recht auch innerhalb einer Untergliederung in einer Vereinigung gelten! **Zudem kann eine solche Gründung nun auch erfolgen, wenn sich der Kreisverband keine Satzung gibt**, da nun Normen in der Landessatzung existieren, die den Übergang bis zur eigenen Satzungsgebung regeln.

**Nach der Kreisverbandsgründung kann der Kreisverband innerhalb von fünf Tagen schon die Nominierungsversammlung für die Direktkandidaten ansetzen**, so dass nun schnellstens die 200 nötigen Unterschriften gesammelt werden können. **Im Idealfall ist dann der 15. Juni erreicht**, was bedeutet, dass noch **vier Wochen** für diese Aufgabe bleiben. Das dürfte leicht zu schaffen sein, wenn alle Mitglieder im Kreis unterschreiben und jeweils eine Woche in ihrem Umfeld sammeln.

Studien haben gezeigt, dass die **Aufstellung von Direktkandidaten das Wahlergebnis um bis zu 20 % erhöhen**, da Kandidat und Wahlkampf auf die örtlichen Gegebenheiten eingestimmt werden können.

Diese hohe Anzahl an Vorstandsmitgliedern kann wieder gesenkt werden, wenn sich aus den Kreisverbänden heraus Bezirksverbände gebildet haben und die Kreisverbände in den jeweiligen Bezirksvorstand eingebunden wurden. **Am Ende des Prozesses werden daher nur noch vier Vorstandsmitglieder für den Kontakt zu den niederen Gebietsverbänden nötig sein.**

## 2. Geschäftsführung des Landesverbands

Um einen leistungsstarken und kampagnenfähigen Landesverband zu schaffen müssen folgende Aufgaben klar verteilt sein:

Webpräsenz und Werbung in Social Media  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Pressearchiv  
Mitgliederverwaltung  
Geschäftsstelle  
Schriftführer  
Finanzreferent

Somit müssen mindestens **acht Personen geschäftsführende Positionen** übernehmen. Auch hier wird für jeden Bereich eine Liste ausgelegt, in welcher sich arbeitswillige Mitglieder eintragen und die dann vom gewählten Vorstandsmitglied in den Arbeitsbereich integriert wird.

## 3. Gründung von Vereinigungen

Die AfD ist angetreten um den Wählern eine Stimme in der Politik zu geben, welche in der deutschen Politik keine Lobby mehr haben. Die ist die Bevölkerungsmehrheit. **Die Mehrheit der Deutschen strebt der klassischen Familie als Lebensideal nach, wohnt nicht in der Großstadt und ist im Mittelstand tätig.** Meist tragen sie auch **ehrenamtlich**, z.B. im Sportverein oder der Freiwilligen Feuer, zum Gemeinwohl bei. Diese Leistungsträger gilt es in die AfD zu integrieren, um die ersten Schritte Richtung Volkspartei gehen zu können.

Deshalb sollten auch Menschen in den Vorstand gewählt werden, die gezielt innerparteiliche Vereinigungen aufbauen, um diese frustrierten (Nicht-) Wähler in unsere Partei einzubinden. Hierbei können wir von den anderen Parteien lernen.

### a) Weltanschauliche Fundierung

Von einer AfD Bundestagskandidatin wurde schon vorgeschlagen eine Vereinigung **"Christen in der AfD"** zu gründen (vgl. Christen in der SPD; FDP oder in CDU/CSU: EAK, AEK). Des Weiteren sammeln sich im Facebook schon die Libertären und Liberalen Geister in der AfD, so dass auch die Gründung einer **libertären Vereinigung** keiner großen Sprünge mehr bedarf (FDP: Liberaler Aufbruch, Libertäre Plattform). Außerdem gibt es einen Vorstoß eine **Vereinigung für Lebensrechtler** zu gründen (vgl. CDU/CSU: CDL). Denkbar wäre auch eine Vereinigung **"Konservative in der AfD"** (vgl. SPD: Seeheimer Kreis; FDP: Stresemann Club, Schaumburger Kreis; CDU/CSU: Berliner Kreis, Aktion Linkstrend stoppen). Vielleicht finden sich auch Initiatoren für eine **jüdische Vereinigung** (vgl. SPD: Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten).

Dies Aktivitäten sollten aufgegriffen werden, um der Partei einen festen weltanschaulichen Anker zu geben. Dies würde helfen den innerparteilichen Richtungsstreit in geordnete institutionalisierte Bah-

nen zu lenken und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass in der AfD Extremisten nichts zu sagen haben (auf die Gründung einer nationalsozialistischen oder kommunistischen Vereinigung kann die Welt nämlich ewig warten).

Somit können für diese **Vereinigungen jedenfalls vier Vorstandsmitglieder** eingeplant werden. Wenn auch hier beim nächsten Parteitag Listen für die Teilnehmer Listen ausgelegt werden, können die Vorstandsmitglieder schnell an die Arbeit gehen und die interessierte Basis miteinbeziehen.

### **b) Wählergruppen**

Auch hier gibt es wichtige Bevölkerungsgruppen, welche in der Politik kein Gehör mehr finden. Das wäre zuerst die **Polizei**, eine der wichtigsten staatstragenden Institutionen, welche durch die Politik stetig gegängelt wird. Auch die Polizeigewerkschaften finden bei der politischen Klasse kein Gehör. Deshalb muss die AfD ihren Mitgliedern, welche im Polizeidienst stehen die Mitarbeit in einer entsprechenden Vereinigung ermöglichen (vgl. SPD: Blaulicht; CDU/CSU: AK Polizei).

Ein Staat ohne gesicherte Landesverteidigung ist schlicht nicht denkbar. Statt Soldaten als Mörder zu beschimpfen muss die AfD **die Bundeswehr und ihre Soldaten** für ihren Einsatz mit Leib und Leben mit einer Vereinigung würdigen.

Eine weitere schwer diskriminierte und leider schon teilweise verachtete Bevölkerungsgruppe stellen die **Hausfrauen und Mütter** dar. Obwohl 75 % aller Kinde in Deutschland in einer klassischen Familien geboren werden und die Beruf der Hausfrau und Mutter damit der wertvollste überhaupt ist, da ein Staat ohne Menschen schlicht nicht existieren kann, bekommt diese Berufsgruppe nicht annähernd die Beachtung welche sie verdient. Mit der Schaffung einer solchen Vereinigung wird die AfD darum massiv Frauen zur Mitarbeit bewegen können.

Auch **korporierte Studenten und Akademiker** werden zunehmend geächtet, obschon sie aufgrund ihrer Geschichte einen erhebliche Teil dazu beitrugen, dass wir nun in einem freien Land leben können. Deshalb muss die AfD diesen Männern - und mittlerweile auch Frauen - ein Forum bieten (vgl. SPD: Lasalle-Kreis).

Des Weiteren haben die **Heimatvertriebenen** ein Recht gehört zu werden, so dass die AfD für sie die Gründung einer Vereinigung anstreben sollte (vgl. CDU/CSU: UdVF, OMV, UdV). Dies könnte der AfD einen Stimmzuwachs in betagten Wählerkreisen ermöglichen.

Selbstredend bedarf die AfD, um ihren Bestand auch in Zukunft zu sichern, **einer Jugendvereinigung sowie einer Studenten- und Schülervereinigung**.

Ebenfalls muss eine **Mittstandvereinigung** gegründet werden, in welcher sich die Leistungsträger unserer Gesellschaft gut aufgehoben fühlen (vgl. CDU/CSU: MIT; SPD: AGS; FDP: Liberaler Mittelstand). Dabei sollte es keine Rolle spielen, ob der Mittelständler Arbeitnehmer oder Arbeitgeber ist.

Aus dem selben Grunde sollte auch eine **Wirtschaftsvereinigung** gebildet werden (vgl. CDU/CDU: Wirtschaftsrat).

Darum müssen in dieser Hinsicht mindestens **zehn Vorstandsmitglieder** gewählt werden, um die nötigen Strukturen zu schaffen. Auch hier müssen am Parteitag Listen ausliegen, um die Interessenten zu erfassen.

### c) Parteistruktur

Aufgrund der bevorstehenden Kommunalwahlen im Ländle muss sich die AfD nach den Bundestagswahlen gleich in das nächste politische Projekt stürzen. Deshalb sollte auch **ein Vorstandsmitglied mit dem Aufbau kommunaler Parteistrukturen** und der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014 betraut werden (vgl. CDU/CSU: KPV; SPD: SGK; FDP: VLK).

Auch hier sollten sich die kommunal erfahrenen oder ambitionierten Mitglieder in Listen eintragen, so dass schnellstens ein Netzwerk gebildet werden kann.

### 4. Kontakt mit anderen Parteien

Die bisherige und weiter angestrebte Kooperationen mit den **Freien Wählern** darf nicht völlig verworfen werden. Vor allem bei den kommenden Kommunalwahlen wäre eine Zusammenarbeit mit den Freien Wählern wünschenswert. Deshalb muss im Vorstand ein Ansprechpartner hierfür vorhanden sein. Ferner sollte der Ansprechpartner auch für **etwaige Kooperationen oder Fusionen** mit (bzw. Integration von) Kleinparteien, wie beispielsweise mit der PdV oder der ÖDP, zuständig sein, sofern die Gegenseite dies wünscht. Des Weiteren sollte es einen Ansprechpartner für die **Überläufer aus den etablierten und Kleinparteien** geben.

Diese Aufgaben sollten auf **zwei Vorstandsmitglieder** übertragen werden, da sie sich teilweise überschneiden, aber aufgrund der Sonderrolle der Freien Wähler ein Vorstandsmitglied dieser Partei eventuell die volle Aufmerksamkeit widmen muss.

### 5. Inhaltliche Arbeit

Das Wahlprogramm der AfD legt den Fokus auf folgende Politikbereiche:

- Direkte und Basisdemokratie
- Europa und EU
- Währung und Volkswirtschaft
- Transferunion (UNO, EU und Bund-Länder-Ausgleich)
- Meinungsfreiheit
- Vereinfachung des Steuerrechts
- Rentensystem
- Familie und Kinder
- Bildungssystem
- Energie
- Zuwanderung und Integration

Da die Lösungskonzepte der AfD noch nicht hinreichend konkretisiert sind, müssen hierfür **programmatische Arbeitskreise** eingerichtet werden, damit die AfD beim Einzug in den Bundestag fein ausgearbeitete Lösungskonzepte präsentieren kann.

Damit müssen **mindestens zehn Menschen** in den Vorstand gewählt werden, die einen solchen Arbeitskreis einrichten und leiten. Auch hierfür werden wieder Listen ausgelegt, damit sich die Vorstandsmitglieder gleich in die Arbeit stürzen können.

### 6. Gesamtgröße

Insgesamt würden damit ein Vorstand mit **insgesamt 78 Personen** zur Wahl stehen. Dies klingt immens riesig. Dabei muss aber bedacht werden, dass dies nur während der anfänglichen Aufbauphase wichtig ist. Nach Aufbau der Kreisverbände und der Aufstellung detaillierter politischer Programme

**werden 49 Ämter überflüssig** werden. Der Regionalproporz kann im Landesvorstand mit vier Vertretern der Bezirksverbände und die programmatischen Arbeitskreise durch einen Vertreter einer aus den Arbeitskreisen zusammengeführten Programmkommission ersetzt werden. Ein guter Leiter macht sich selbst überflüssig. Das muss auch in der AfD gelten. Nach Abschluss dieses Prozesses wird dann ein Vorstand mit den satzungsmäßig geforderten 29 Mitgliedern ausreichend sein.

### III. Vorgehen nach dem Parteitag

Nach dem Parteitag ist vorrangiges Ziel die Gewinnung der Unterstützerlisten. Dies muss auf folgenden Wegen erfolgen:

#### 1. Landesvorstand

Mit 79 Mitgliedern hat der Landesvorstand auch **79 Multiplikatoren**, die in ihrem Umfeld - also Arbeit, Hochschule, Familie, Freunde, Verein, Nachbarn etc. - qua Amt schon die Verpflichtung haben diese Unterschriften selbst zu besorgen. Wenn nur jedes Vorstandmitglied 25 Unterschriften sammelt und beim Rathaus abzeichnet, ist das Quorum schon erfüllt. Dies dürfte innerhalb von zwei Wochen problemlos machbar sein, so dass Mitte Juni 2013 dann die Unterschriften erreicht sind.

Selbstverständlich wird der neue Landesvorstand **unverzüglich** nach seiner Konstituierung **die Landesliste bei der Landeswahlleiterin abgeben**, um die Abgabefrist bis zum 15. Juni zu wahren. Dafür bleiben zwei Wochen nach Listenaufstellung.

Sofort nach dem Landesparteitag werden **wöchentlich die Unterschriftenlisten postalisch an sämtliche Parteimitglieder verschickt**, so dass diese **bis zum 15. Juli ebenfalls Unterschriften sammeln**. Dabei muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die Parteimitgliedschaft einer Unterstützungsunterschrift nicht entgegensteht! Wenn alle 1500 Mitglieder neben der eigenen Unterschrift auch nur eine weitere bringen ist das Quorum ebenfalls erfüllt.

Wenn dann noch die **Wahlkämpfer vor Ort an ihren Ständen oder bei ihren Aktionen Unterstützerunterschriften sammeln**, brauchen wir uns deshalb absolut keine Sorgen machen.

Zudem muss auch **wöchentlich per Email die Unterstützerlisten an sämtliche Mitglieder rausgehen** und die Listen auf der Landeshomepage zum Download stehen.

#### 2. Direktkandidaten

Damit auch die Direktkandidaten noch bis zum 15. Juli ihre Unterschriften sammeln können, muss sofort nach deren Nominierung der Landesvorstand informiert werden, so dass er an **die im Kreis wohnhaften Mitglieder ebenfalls wöchentliche postalisch und per Email die Unterlagen verschickt**.

Auch hier wird den Kreismitgliedern angeraten bei ihren Veranstaltungen und in ihrem Umfeld die Listen zu füllen.

Auch hier dürfte bei durchschnittlich 20 Mitgliedern pro Kreis in zwei Wochen alles erledigt sein, wenn jedes Mitglied 25 Unterschriften beibringt.

Wenn der Landesvorstand **3000 Unterschriften für die Landesliste** gesammelt hat, informiert er sofort sämtliche Mitglieder postalisch und per Email, so dass sich die **Mitglieder ganz der Sammlung der Unterschriften für die Direktkandidaten widmen** können.



### 3. Schaffung der Strukturen

Sind sämtliche Unterschriften gesammelt, werden sich die Vorstandmitglieder wieder voll der zuge-  
teilten Aufgabe widmen, um die AfD in Baden-Württemberg möglichst breit aufzustellen.

### C. Ausblick

Um den politischen Super-GAU in Baden-Württemberg zu verhindern bedarf **es jeder helfenden Hand**. Dies klingt auf dem ersten Blick nach Druck und Stress, doch war das Projekt AfD von Anfang an ein Wagnis. Wer sich vorgestellt hat, innerhalb eines halben Jahres ohne Opfer eine Partei aus dem Boden zu stampfen, welche dann auch noch in den Bundestag einzieht, wird nun die nüchterne Realität eingeholt haben. Jedoch ist es möglich und gar nicht mal so schwer, wenn alle anpacken! Um den vorliegenden Fahrplan einzuhalten, **braucht es den Enthusiasmus und das Feuer des Berliner Gründungsparteitags**. Vom "Geist von Berlin" war in Stuttgart und Karlsruhe jedoch nichts zu spüren. Wie auch, wenn alle brennenden Herzen ausgegrenzt wurden? **Vom kommenden Landesparteitag kann aber noch ein größeres Feuer ausgehen**, da unser Landesverband - wenn er denn die vorge-  
schlagenen Strukturen schafft - wegweisend der Bundespartei und den anderen Landesverbänden vorangeht, wenn es darum geht die AfD schnell kampagnenfähig zu machen und ihre Strukturen für möglichst viele Menschen zu öffnen. **Wenn die AfD es schafft, den Menschen wieder zu würdigen und ihm zeigt, dass er wichtig, fähig und bei uns genau richtig ist, dann haben wir das Potential zur Volkspartei!**

Daher voller Zuversicht:

Ihr Parteifreund Elias Mößner

**Jetzt legt die AfD erst richtig los!**